



Kassel, März 2018

## Aufruf: Den drohenden Bürgerkrieg in Kamerun verhindern

Sehr geehrter Herr Bundesminister des Auswärtigen Amtes,

wir, Mitarbeitende wissenschaftlicher und ziviler Organisationen im englisch- und französischsprachigen Kamerun und Interessierte, sind über die gegenwärtige Lage in Kamerun sehr besorgt.

Wir arbeiten seit fünf Jahren mit verschiedenen sozialen Gruppen und humanitären NROs in Kamerun zusammen. Mit dieser Arbeit verbinden wir die Hoffnung, durch Informations- und Kompetenzaustausch zu einer offenen, demokratischen Gesellschaft in Deutschland, aber auch an einer vertrauensvollen, belastbar und kooperativen deutsch-kamerunischer Beziehung beizutragen, zu dem wir uns für die nachhaltige Beseitigung von Fluchtursachen durch Bildung und unterstützende Maßnahmen zur Stärkung regionaler Wirtschaftsräume engagieren.

Der anfänglich föderale Staat Kamerun mit gleichberechtigten frankophonen und anglophonen Teilen hat sich mehr und mehr zu einem frankophon dominierten Einheitsstaat entwickelt. Die Menschen im englischsprachigen Westen fühlen sich in jeder Beziehung übergangen: ihre Sprache wird in den Schulen und in den Gerichten ignoriert, die Infrastruktur wurde seit Jahren vernachlässigt, in Regierung und Verwaltung ist der Westen kaum mehr vertreten.

Die Klagen aus der Bevölkerung der Westprovinzen wurden nicht gehört. Forderungen der Rechtsanwälte und Lehrerinnen und Lehrer seit 2016 blieben ohne Antwort. Proteste und Streiks die breit befolgt wurden, haben die Behörden ignoriert. Ebenso blieben Bitten um einen Dialog von Führern des Widerstands, von kirchlichen Einrichtungen, von internationalen Organisationen bis hin zum UN-Generalsekretär ohne Antwort. Immer mehr wandelte sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung zur Forderung nach einer Rückkehr zu einem föderalen Staat, nach Sezession, schließlich nach einem unabhängigen eigenen Staat. Die Proteste blieben lange gewaltlos und friedlich. Die Regierung reagierte mit Tränengas, mit Ausgangssperren, mit Massenverhaftungen, mit Schüssen. Auf die Ausrufung eines unabhängigen „Ambazonias“ im Oktober 2017 wurde mit militärischer Gewalt reagiert. Mehr als 17 Tote waren die Folge. Daraufhin hat sich der Widerstand radikalisiert. Es folgten Überfälle auf Kontrollposten der Armee und als Antwort Strafaktionen gegen ganze Dörfer, Plünderungen, Brandschatzungen und Flüchtlingsströme. Ein Schulbesuch für Kinder und Jugendliche war seit 2016 nur noch sehr eingeschränkt möglich. Staatspräsident Paul Biya hat dem Widerstand in den beiden Westprovinzen den Krieg erklärt und gedroht „alle Mittel einzusetzen, um diese

### Baobab e. V.

Schillerstraße 30  
34117 Kassel  
+49 (0) 561 98 77 89 92

Amtsgericht Kassel  
VR-Nr.: 5225  
Finanzamt Kassel  
St.-Nr.: 025/250/75326

VORSTAND:  
Benjamin Bender  
Bodo Schneider  
Jonas Bender

BANKVERBINDUNG:  
GLS Bank  
DE67 4306 0967 4103 8566 00  
GENODEM1GLS

KONTAKT:  
[www.baobab-ev.org](http://www.baobab-ev.org)  
[info@baobab-ev.org](mailto:info@baobab-ev.org)

Verbrecherbande von Terroristen unschädlich zu machen“. Über 50.000 Flüchtlinge haben inzwischen jenseits der Grenze in Nigeria Schutz gesucht. Kirchliche Institutionen wie die Bischofskonferenz und Baseler Mission berichteten, dass ganze Dörfer in der Region Manyu entvölkert sind, fast täglich ist dort von Toten die Rede.

Wir fürchten, diese unheilvolle Spirale der Gewalt wird sich in einem blutigen Bürgerkrieg fortsetzen. Das darf nicht sein! Kamerun ist für die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit ein wichtiger Partner!

Daher bitten wir Sie, alles Mögliche zu unternehmen, um eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern und Wege zu einem Dialog der Konfliktparteien zu ermöglichen. Das heißt konkret:

- der kamerunischen Regierung die große Besorgnis auszudrücken über die zunehmende Eskalation,
- die Einhaltung der Menschenrechte und der verbürgten demokratischen Rechte der anglophonen Bevölkerung zu fordern,
- rechtliches Gehör und Zugang zu einem Rechtsbeirat für alle Verhafteten oder deren Freilassung zu fordern,
- tatkräftig den Sonderberichterstatter des UNO- Menschenrechtsrates zu unterstützen und sich für die Umsetzung von dessen Empfehlungen einzusetzen,
- auch bei der französischen Regierung vorstellig zu werden mit der Bitte, dass auch Frankreich seinen Einfluss auf die kamerunische Regierung nutzt, um die Einhaltung der legitimen Rechte der anglophonen Bevölkerung zu fordern.

Wir wissen, dass die Einhaltung der Menschenrechte der deutschen Regierung ein wichtiges Anliegen ist und wir danken Ihnen sehr, Herr Bundesminister des Auswärtigen Amtes, dass Sie im Sinne unserer Eingabe die geeigneten Schritte unternehmen werden, dass dies auch in Kamerun geschieht.

